

B  
E  
H  
Ö  
R  
D  
E

Gemeinde Weyhe  
Der Bürgermeister  
Fachbereich 4  
Rathausplatz 1  
28844 Weyhe

E.

Ort, Datum ~~des Antrags~~  
Weyhe, 01.09.2009

Sachbearbeiter(in)  
Frau Lindhoff

Zimmer-Nr.  
107

Telefon  
04203 71-172

Telefax  
04203 71-298

e-Mail  
lindhoff@weyhe.de

Reg.-Nr./AZ (Bitte stets angeben)  
2009T00044 / 40 02 03 AuStrS

Piratenpartei  
Landesverband Niedersachsen  
Dreyer Straße 86  
28844 Weyhe

## Sondernutzungserlaubnis nach § 18 Abs. 1 NStrG

Zum Antrag vom

27.08.2009

### Inanspruchnahme von öffentlichem Verkehrsgrund:

Ort der Maßnahme (Gemeinde/Ortsteil, Straße)

**Gemeinde Weyhe, Diverse**

von - bis (Kilometer, Haus-Nr.)

**Gemeinde Weyhe (detailliert s. Anlage Bescheid)**

Umleitung

**entfällt**

Ausmaß

Dauer der Maßnahme (von - bis)

**02.09.2009 06:00 Uhr - 28.09.2009 22:00 Uhr**

Bauleiter / Telefon

### 1. Die oben genannte Behörde genehmigt an oben bezeichnetem Ort:

- ☐ Aufstellen eines Baugerüstes
 ☐ Lagerung von Baumaterial
 ☐ Aufstellen eines Bau- und Gerätewagens  
☐ Aufstellen eines Bauzaunes
 ☐ Aufstellen eines Containers
 ☐ Aufgrabung an öffentlichem Verkehrsgrund  
☐ Anbringung von Warenautomaten
 ☒ Aufstellen Veranstaltungsplakate bzw. Werbung und Propaganda

### Bemerkungen und Auflagen zur Sondernutzungserlaubnis

Die genehmigten Standorte für Veranstaltungsplakate bzw. Werbung und Propaganda sind aus dem anliegenden Lageplan über die Standortalternativen zu entnehmen. Ihnen wird die 2. Standortalternative genehmigt, die im Lageplan als gelber Pfeil mit der Aufschrift "2. Alternative" gekennzeichnet ist.

Weitere Bestimmungen, Nebenbestimmungen (Auflagen) und Hinweise sind der Anlage zu entnehmen.

### 2. Kostenlastentscheidung:

Die Kosten des Verfahrens sind von Ihnen als Antragsteller gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 Buchst. b i. V. m. § 5 Abs. 1 Nds. Verwaltungskostengesetz (NVwKostG), § 1 Allgemeine Gebührenordnung (AllGO) zu tragen.

Hierzu werde ich Ihnen einen besonderen Kostenfestsetzungsbescheid übersenden.

### 3. Die Rückseiten, Anlagen und insbesondere die umseitige Rechtsbehelfsbelehrung sind Bestandteile dieses Bescheides.

Verteiler: Streckenkontrolle

Im Auftrag

Lindhoff

Unterschrift

# Anlage zur Ausnahmegenehmigung gemäß § 46 Abs. 1 Nr. 8 StVO (Hindernisse)

Reg.-Nr./AZ (Bitte stets angeben)

2009T00044 / 40 02 03 AuStrS

## Bestimmungen, Nebenbestimmungen (Auflagen):

1. Die Erlaubnis ergeht gemäß § 18 Abs. 1 Nds. Straßengesetz (NStrG) für Veranstaltungsplakate bzw. Werbung und Propaganda hinsichtlich der folgenden Veranstaltung: "Piratenpartei/Bundestagswahl 2009"

2. Max. Anzahl der genehmigten Standorte für Veranstaltungsplakate bzw. Werbung und Propaganda:

Ortsteil Ahausen	1 Standort
Ortsteil Dreye	3 Standorte
Ortsteil Erichshof	3 Standorte
Ortsteil Jeebel	3 Standorte
Ortsteil Kirchweyhe	7 Standorte
Ortsteil Lahausen	3 Standorte
Ortsteil Leeste	7 Standorte
Ortsteil Melchiorsh.	2 Standorte
Ortsteil Sudweyhe	3 Standorte

3. Veranstaltungsplakate bzw. Werbung und Propaganda sind nach dem Stand anerkannter Regeln der Technik aufzustellen (anzubringen), so dass insbesondere eine Beständigkeit vor Witterungs- und anderen Einflüssen (gegen Umfallen/Abbrechen gesichert etc.) gewährleistet wird.

4. Veranstaltungsplakate dürfen die Maße des Formates A 1 nicht überschreiten.

5. Aufstellen an Einrichtungen der Straße, wie z. B. Straßenbeleuchtung, ist in schonender Art und Weise vorzunehmen (z. B. Befestigung nur mit kunststoffummanteltem Draht oder ähnlichen schonenden Materialien).

6. Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen dürfen für die genehmigten Zwecke nicht genutzt werden.

7. Bewuchs (insbesondere Bäume), Bushaltestellen und deren Einrichtungen dürfen für die genehmigten Zwecke nicht genutzt werden.

8. Hineinragen von Gegenständen auf Fahrbahnen bzw. eine Behinderung auf Fahrbahn, Rad- und Gehweg einer öffentlichen Straße ist untersagt. Ebenfalls ist ein Hineinragen auf Rad- und Gehwegen ab einer lichten Höhe von kleiner als 2,50 m untersagt. Auf jeden Fall ist ein Abstand zur Fahrbahn von mindestens 0,30 m zu gewährleisten.

9. Unmittelbar nach Ablauf der Genehmigungsfrist (nächster Werktag) ist die Inanspruchnahme der öffentlichen Straße schadlos zu beseitigen, also z. B. Plakate mit ihrer Befestigung schadlos zu entfernen.

10. Beginn und Beendigung der Inanspruchnahme öffentlicher Straßen ist mir umgehend mittels anliegender Vordrucke schriftlich mitzuteilen.

11. Soweit Sie den inhaltlichen Bestimmungen und/oder Nebenbestimmungen dieser Erlaubnis nicht Folge leisten, werde ich die Beseitigung der Inanspruchnahme auf Ihre Kosten gemäß § 70 Abs. 1 Nds. Verwaltungsvollstreckungsgesetz (NVwVG) i. V. m §§ 64 ff. Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) veranlassen (Ersatzvornahme). Die voraussichtlichen Kosten hierfür betragen ca. 50,00 Euro/Aufstellungsstandort.

12. Erlaubnis wird nach § 18 Abs. 2 Nds. Straßengesetz (NStrG) auf Widerruf erteilt. Für diesen Fall besteht kein Ersatzanspruch gegen den Straßenbaulastträger.

## Hinweise:

1. Die Inanspruchnahme von Kreis- und Landesstraßen außerhalb von Ortsdurchfahrten sowie

**Anlage zur Ausnahmegenehmigung  
gemäß § 46 Abs. 1 Nr. 8 StVO (Hindernisse)**

Reg.-Nr./AZ (Bitte stets angeben)

2009T00044 / 40 02 03 AuStrS

Bundesstraßen bedarf der Erlaubnis des jeweiligen Straßenbaulastträgers.

2. Sonstige nach öffentlichem Recht erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder Bewilligungen werden durch die Sondernutzungserlaubnis nicht ersetzt.

3. Soweit Ihrerseits eine Verlängerung dieser Sondernutzungserlaubnis begehrt wird, ist diese rechtzeitig vor Ablauf der Genehmigungsfrist zu beantragen.